

Ergebnisprotokoll

der gemeinsamen 12. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klima und
10. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
(IX. Wahlperiode)
am 20.04.2021

Tagungsort: Videokonferenz

Beginn: 10:00 Uhr **Ende:** 12:30 Uhr

Teilnehmer: Frau Jäger, Ausschussvorsitzende WV
Herr Engemann, Ausschussvorsitzender UEK

Herr Böttcher
Frau Denfeld
Herr Göllner
Herr Kandziorowsky
Herr Kaus i.V.
Herr Kessner

Herr Kötter
Herr Kraft
Herr Dr. Müller i.V.
Herr Röttger i.V.
Herr Stüve
Herr Swirschuk

Herr Urhahn
Frau Wucherpennig
Herr Wysocki
Herr Yilmaz

Fraktionsvorsitzende: Herr Banzer Herr Gerfelder
Herr Schindler

Fraktionsgeschäftsführer/in: Herr Vogt

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Dr. Beck Herr Bleher
Herr Hennig Herr Langsdorf

Gäste:

Herr Huber-Braun (Amtsleitung Stadtplanungsamt LH Wiesbaden)
Herr Gaßner (Stadtrat, Dezernat für Stadtentwicklung und Bau, LH Wiesbaden)
Herr Brandis (Abteilungsleitung Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, LH Wiesbaden)
Frau Borniger (LH Wiesbaden)
Herr Boeffel (LH Wiesbaden)
Herr Hübner (LH Wiesbaden)
Frau Otto (Referentin des Oberbürgermeisters der LH Wiesbaden)
Herr Schmitz (Kanzlei NOERR)

Schriftführerin:

Frau Ewen

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Protokolle der 11. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klima (UEK) und der 9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (WV)
2. Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Wiesbaden Ostfeld
 - Drs. Nr. IX / 141.1 (liegt bereits vor)
 - Antrag der AfD-Fraktion vom 23.02.2021 - Drs. Nr. IX / 141.2 (liegt bereits vor)
3. Anfragen

zu TOP 1: Begrüßung und Genehmigung der Protokolle der 11. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klima (UEK) und der 9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (WV)

Herr Engemann begrüßte auch im Namen von **Frau Jäger** die Anwesenden zur gemeinsamen 12. Sitzung des UEK und der 10. Sitzung des VW. Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bat Herr Engemann die Mitglieder der Ausschüsse, die sich für befangen erklären, die Sitzung zu verlassen.

Eine Befangenheit wurde seitens der Mitglieder nicht angezeigt.

Die Tagesordnung sowie das Protokoll der vergangenen Sitzungen wurden genehmigt.

zu TOP 2: Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Wiesbaden Ostfeld

- Drs. Nr. IX / 141.1 (liegt bereits vor)
- Antrag der AfD-Fraktion vom 23.02.2021 - Drs. Nr. IX / 141.2 (liegt bereits vor)

Herr Engemann bat **Herrn Langsdorf**, in das Thema einzuführen.

Anschließend übergab **Herr Engemann** das Wort an die Vertreter der Stadt Wiesbaden. **Herr Gaßner** begründete den Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden mit der Schaffung von Wohnraum und um einen Verbleib des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden zu ermöglichen. Er appellierte, nicht ein Thema (Wohnraum) gegen das andere (Klima) auszuspielen. Ziel sei eine klimagerechte, optimierte Planung. Ca. $\frac{3}{4}$ der Entwicklungsmaßnahme würden Freiflächen umfassen. Weniger als 100 ha würden tatsächlich bebaut werden.

Herr Engemann bat die **AfD-Fraktion** den eingegangenen Antrag (Drs. Nr. IX / 141.2) kurz zu begründen. Es wurde erläutert, dass der Antrag vor allem den Aspekt der Wasserversorgung betrifft.

Herr Urhahn (GRÜNE) und **Herr Röttger (CDU)** stellten Fragen zu den Auswirkungen der in Rede stehenden städtebauliche Entwicklung auf das Klima in unmittelbarer Umgebung bzw. im Rhein-Main-Gebiet. Insbesondere wurden Fragen zu Kaltluftströmen und den Aussagen der vorliegenden Klimagutachten geäußert. **Herr Gaßner, Herr Huber-Braun und Herr Boeffel** erläuterten, dass zwischen den vorliegenden Klimagutachten keine Widersprüche vorhanden seien. Das für das Abweichungsverfahren erstellte Gutachten von Geo-Net sei mit seiner 20x20 m Auflösung kleinteiliger und genauer als das zum Vergleich herangezogene Gutachten (KlimPrax; 100x100m), welches zur Untersuchung des Stadtklimas von Wiesbaden und Mainz erarbeitet worden sei. Geo-Net berücksichtige aber die Ergebnisse von KlimPrax (Taunuswinde) als Eingangsgrößen und erfasse somit auch die Kaltluftströme, die im Rahmen von KlimPrax ermittelt worden seien. Im Ergebnis sei die Stadt Mainz nicht von Auswirkungen betroffen. **Herr Dr. Beck** und **Herr Langsdorf** wiesen darauf hin, dass auch im Rahmen des weiteren Verfahrens natürlich die klimatischen Auswirkungen des Vorhabens zu untersuchen und zu bewerten seien. Hinsichtlich der Neuaufstellung des Regionalplanes habe es die Regionalversammlung in der Hand, ob sie an der betreffenden Stelle im Regionalplan zukünftig Siedlungsentwicklung vorsähe oder den entsprechenden Bereich für klimatische bedeutsame Flächen freihalte.

Des Weiteren wurde in Frage gestellt, ob eine Zielabweichung in dem vorliegenden Fall zulässig ist. Dazu wurde das HMWEVW aufgefordert eine Stellungnahme abzugeben.

Frau Jäger eröffnete die Beratung zu den Themen Wirtschaft und Verkehr. **Herr Böttcher (GRÜNE), Herr Röttger (CDU), Herr Schindler (SPD), Herr Urhahn (GRÜNE), Herr Dr. Müller (AfD)** stellten Fragen zu den Themengebieten Straßenanbindung, Schienenanbindung, Bürgerentscheid zur „Citybahn“, Standort BKA, Eigentümerverhältnisse und Ankauf der in Frage stehenden Flächen. **Herr Gaßner** antwortete ausführlich auf die gestellten Fragen. **Herr Röttger (CDU)** sah in dem Vorhaben Chancen und Risiken. Das Bundeskriminalamt solle in Wiesbaden bleiben können. Breiten Raum nahm die Frage ein, ob bzw. wie gewährleistet werden kann, dass für die Umsetzung des Vorhabens auch eine schienengebundene Verkehrsanbindung als Voraussetzung realisiert werden kann. Hierzu soll eine Maßgabe formuliert werden.

Herr Urhahn (GRÜNE) stellte eine Frage, zu den Ausgleichsmaßnahmen für den regionalen Grünzug. Das Regierungspräsidium sagte zu, dies in den nächsten Ausschusssitzungen zu beantworten.

Zuletzt kam die Frage auf, ob eine größere Verbrennungsanlage geplant sei und inwiefern sich das auf das Baugebiet Kalkofen auswirke. Herr Langsdorf sagte die Beantwortung in den kommenden Sitzungen zu.

zu TOP 3: Anfragen

Es wurde darum gebeten, dass die offenen Fragen in den nächsten 14 Tagen ggfs. in Form einer Stellungnahme vom Regierungspräsidium Darmstadt beantwortet werden. **Herr Dr. Beck** bestätigte, dass das Regierungspräsidium sich darum bemüht, die offenen Fragen zu beantworten.

Frau Jäger bedankte sich für die Diskussion und schloss, auch im Namen von Herrn Engemann, die Sitzung um 12:30 Uhr.



Claudia Jäger



Peter Engemann

gez.: Ewen

Charlotte Ewen